

Energiekrise

Bremst Habeck die Kohlekraftwerke aus?

Der Wirtschaftsminister beharrt auf strengen Vorgaben für den Betrieb von Kraftwerken, Betreiber finden die unattraktiv. Wie bei der Atomkraft werfen Ökonomen und die FDP Habeck mangelnde Konsequenz vor.

Von JOHANNES PENNEKAMP



© Reuters

Energiekrise: Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck während einer Pressekonferenz

Ein vom Bundeswirtschaftsministerium durchgesetzter Beschluss zur Kohleverstromung weckt neue Zweifel daran, ob die Bundesregierung genug unternimmt, um Engpässe im Winter zu verhindern. Nachdem Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) schon viel Kritik für sein Vorhaben einstecken musste, am Jahresende zwei Atomkraftwerke lediglich in einen Reservebetrieb zu nehmen, geht es nun um Steinkohlekraftwerke.

Die Bundesregierung hatte im Sommer ein Gesetz beschlossen, das Kohlekraftwerke, die normalerweise wegen des Kohleausstieg 2022 und 2023 außer Betrieb gehen sollen, am Netz halten sollen, sofern Gas knapp wird. Kraftwerke, die bislang als Netzreserve dienen, sollen dann ebenfalls zur Produktion genutzt werden.

Die Steinkohle hat in den vergangenen Wochen im Schnitt etwa 14 Prozent der Stromerzeugung in Deutschland ausgemacht. In dem von Habeck in Auftrag gegebenen Stresstest für den Strommarkt im Winter wird damit kalkuliert, dass sieben Steinkohleanlagen in den Markt zurückkehren werden, die bis zu 3,7 Gigawatt in den Markt bringen sollen. Hinzu kommen sollen auch noch Braunkohlekraftwerke. Tatsächlich wieder ans Netz gegangen sind bisher lediglich das Uniper-Kraftwerk Heyden bei Minden sowie das Steinkohlekraftwerk Mehrum bei Hannover. Das Wirtschaftsministerium betont, dass weitere Kraftwerksbetreiber eine Rückkehr angekündigt haben.

Anfang der Woche hatte die Kohlebranche allerdings Alarm geschlagen: Sie sehe sich unter den gegenwärtigen Bedingungen nicht in der Lage, die von der Bundesregierung gewünschten zusätzlichen Stromerzeugungskapazitäten bereitzustellen, teilten die Unternehmen mit.

Woran es hakt

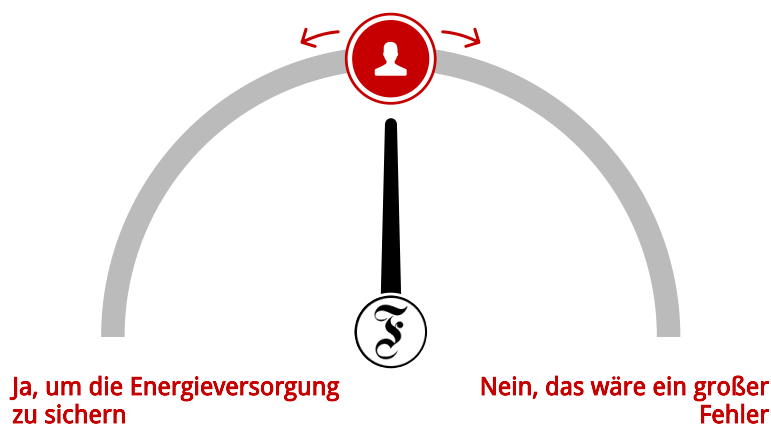
Hauptkritikpunkt ist die kurze Zeitspanne, in der die zusätzlichen Kraftwerke Strom produzieren dürfen, nämlich bis Ende April 2023. Diese Laufzeitperspektive sei viel zu kurz, als dass sich die benötigten Investitionen dafür lohnten, teilten Kraftwerksbetreiber, Kohletransporteure und Kohlehändler mit. Die Vorgabe, Kohlevorräte für 30 Tage Volllastbetrieb vorhalten zu müssen, kritisierten sie als „übertrieben“ und forderten Hilfen für die Finanzierung dieser Lagerhaltung.

Hier finden Sie einen externen Inhalt von Opinary. Um [externe Inhalte](#) anzuzeigen, ist Ihre widerrufliche Zustimmung nötig. Dabei können personenbezogene Daten von Drittplattformen (ggf. USA) verarbeitet werden. [Weitere Informationen](#).

Externe Inhalte aktivieren

LIVE ABSTIMMUNG • 14.030 MAL ABGESTIMMT

Sollte die Laufzeit von Atomkraftwerken verlängert werden?



Frankfurter Allgemeine
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

OPINARY.

Stephan Riezler, ein Manager des Energieversorgers Steag, betonte, sein Unternehmen sei grundsätzlich bereit, zwei Kraftwerke aus der Netzreserve zu holen und zwei weitere, die eigentlich in die Reserve gehen sollten, weiterlaufen zu lassen. „Wir planen, das zum 1. November zu tun. Aber bis eine finale Entscheidung getroffen werden kann, müssen eben die genannten Voraussetzungen erfüllt werden“, sagte Riezler. Zwingen könne die Regierung die Betreiber nicht. „Die Alternative ist, dass die Kraftwerke nicht an den Markt zurückkehren und in der Reserve bleiben“, sagte Riezler.

Nach F.A.Z.-Informationen beharrt Habeck auf strengen Konditionen. Die Kohlekraftwerke und Regeln für den weiteren Betrieb waren am Mittwoch Thema im Kabinett. „Dadurch wird klargestellt, dass Kraftwerke, die an den Markt zurückkehren, nicht die 30-tägige Kohlebevorratung zu den Stichtagen erfüllen müssen“, teilte das Bundeswirtschaftsministerium mit. Die umstrittene kurze Laufzeitverlängerung bis zum 30. April 2023 soll jedoch bleiben. Davon will Habeck dem Vernehmen nach bislang nicht abrücken.

Kritik aus der Wissenschaft

Steag-Manager Riezler bedauert, dass die Frist nicht um ein Jahr verlängert wurde. Die Entscheidung, ob die Kohlekraftwerke des Unternehmens neu oder länger Strom erzeugen werden, sei damit weiter offen. Die Übertragungsnetzbetreiber, die den Stresstest für die Bundesregierung erstellt haben, teilten auf Anfrage mit, dass nun alle zur Verfügung stehenden Mittel mobilisiert werden müssten: „Die Marktrückkehr der Kohlekraftwerke aus der Reserve spielt dabei eine wichtige Rolle.“

Kritik kommt aus der Wissenschaft. Energieökonom Andreas Löschel sagte: „Es ist nicht klug bei dieser Frist zu bleiben.“ Wenn wie geplant auf die Atomkraftwerke verzichtet werden soll, müsse man im zweiten Schritt aber auch alle andere Optionen konsequent nutzen. „Es gab immer das Argument, dass wir große Reserven bei der Kohle haben – die müssen dann aber auch kommen“, sagte er.

Von der Dimension her sei die Aktivierung Kohle sogar wichtiger als die Atomkraftwerke. Ob Blackouts, also plötzliche Stromausfälle, drohen, falls nicht mehr Kohlekraftwerke weiterproduzieren, sei nicht klar zu beantworten. „Da gibt es viele Unwägbarkeiten, von zentraler Bedeutung ist es deshalb, den Verbrauch möglichst runter- und die Kapazitäten hochzufahren“, so Löschel. Auch Sachverständigenratsmitglied Veronika Grimm, sprach sich für eine Fristverlängerung aus. Das Jahr 2024 sei ein gutes Zieldatum, da die Preise bis dahin absehbar hoch blieben. „Man muss jetzt alles möglich machen, was geht. Die Ausweitung des Stromangebots reduziert den enormen Preisdruck, der auf Verbraucher und Unternehmen zukommt und noch bis mindestens 2024 für große Herausforderungen sorgt.“

Habecks Kurs sorgt innerhalb der Regierungsparteien abermals für Widerspruch. „Ich habe in den letzten Wochen mit vielen Mittelständlern gesprochen, die am Ende ihrer Kräfte sind, weil sie nicht wissen, wie sie ihre Stromrechnungen bezahlen sollen“, sagte FDP-Fraktionschef Christian Dürr. Neben einer Preisbremse sei eine Ausweitung des Angebots der Hebel für sicheren, günstigen Strom. „Das gilt für Kernenergie genauso wie für Kohle“, so Dürr. Wenn es sich für die Kohlebetreiber finanziell nicht lohne, die stillgelegten Kraftwerke für wenige Monate wieder hochzufahren, „müssen wir die Frist bis 2024 verlängern“. Nur zwei Kohlekraftwerke seien wieder ans Netz gegangen, das reiche nicht, um die Preise zu senken. „Das Bundeswirtschaftsministerium sollte dazu einen Vorschlag machen“, sagte Dürr.

Anders beurteilt Nina Scheer, Energiefachfrau der SPD-Fraktion, die Situation. Wegen der hohen Strompreise und „im Zusammenwirken aller geschaffenen rechtlichen Rahmenbedingungen“ gebe es „hinreichende Eintrittsvoraussetzungen für Kohlekraftwerke“. Es gehe um Kurzfristmaßnahmen. „Auf der Zeitachse betrachtet darf der Komplettumstieg auf Erneuerbare Energien nicht behindert werden“, so Scheer. Das Wirtschaftsministerium beantwortete Fragen zu der Frist bis Redaktionsschluss dieser Ausgabe nicht.

Quelle: F.A.Z.

© Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH 2001–2022
Alle Rechte vorbehalten.